

## **Motion 264**

Eingang Stadtkanzlei: 31. Januar 2019

### **Professionelles Airbnb: agieren statt reagieren**

Airbnb und ähnliche Angebote haben in den letzten Jahren in der Stadt Luzern ein eindrückliches Wachstum hingelegt. Luzern als angesagter Tourismus-Hotspot und die markant höheren Renditemöglichkeiten gegenüber einer klassischen Vermietung sind die offensichtlichsten Gründe. Ohne Gegenmassnahmen dürften sich die Herausforderungen zusätzlich verschärfen. Problematisch sind dabei die «professionellen Angebote», bei denen Wohnraum ausschliesslich als Airbnb-/ähnliche Unterkünfte vermarktet wird. Mit jeder Umnutzung geht dauerhaft Wohnraum für die ansässige Wohnbevölkerung verloren. Diese nimmt ab, der Druck auf den verbleibenden Wohnraum treibt die Mieten insgesamt in die Höhe, die Quartieridentität leidet und die Anzahl der Steuerpflichtigen sinkt.

Dem Wunsch des Postulats 207 vom 18. Mai 2018 kam der Stadtrat nicht nach, nämlich «das Vorgehen der Stadt Bern zu analysieren und eine auf die Stadt Luzern angepasste Umsetzung vorzuschlagen und voranzutreiben». Stattdessen hat er bloss «die Übertragbarkeit des Vorgehens der Stadt Bern auf die Stadt Luzern analysiert und dargelegt, wieso es sich für die Stadt Luzern nicht eignet». Der Stadtrat anerkenne die Brisanz, sieht aber zum jetzigen Zeitpunkt keine direkten negativen Auswirkungen und will die Zunahme bloss im Auge behalten.

Im Wissen darum, dass Gesetzesänderungen in diesem Bereich einen sehr langen Vorlauf haben, verlangen die Unterzeichneten, dass der Stadtrat dem Parlament möglichst rasch aufzeigt, mit welchen Mitteln professionelle Airbnb- und ähnliche Angebote in der Stadt gesteuert, respektive unterbunden werden können. Das Parlament soll damit zu einem möglichst raschen Zeitpunkt über Steuerungsinstrumente verfügen und dadurch keine wertvolle Zeit verlieren, sollte sich die Situation verschärfen.

Cyrrill Studer Korevaar, Luzia Vetterli und Martin Wyss  
namens der SP/JUSO-Fraktion